bnn.de

Meinung: Flüchtlingsunterkünfte in Baden-Baden nicht um jeden Preis

Sarah Reith

6–7 Minuten

Zwist um Schwarzwaldwohnstift

Baden-Baden braucht neue Flüchtlingsunterkünfte. Aber diese dürfen nicht um jeden Preis geschaffen werden. Schon gar nicht, wenn deshalb Senioren um ihr Zuhause fürchten.

Wohin führt der Weg fürs Schwarzwaldwohnstift in Baden-Baden? Das ist derzeit völlig offen. Foto: Nico Fricke

So viel Gegenwind hätte die Baden-Badener Stadtverwaltung in Bezug auf ihre Pläne für Flüchtlingsunterkünfte wohl nicht erwartet: Im Rebland und in Sandweier haben sich die Ortschaftsräte gegen den Bau weiterer Flüchtlingsunterkünfte ausgesprochen. Und im Schwarzwaldwohnstift in Baden-Baden-Lichtental dürfte der Verwaltung ihr Vorgehen wohl ebenfalls um die Ohren fliegen.

Nun ist an der dort umgesetzten Idee, Bestandsgebäude für Flüchtlinge zu nutzen, ja grundsätzlich nichts auszusetzen. Ganz im Gegenteil. Aber mitten in eine Seniorenwohnanlage, die noch betrieben wird, Flüchtlinge zu setzen, birgt doch einiges Konfliktpotenzial.

Mehr zum Thema

Dass nun auch noch eine Räumungsaufforderung an Bewohner verschickt wurde, wusste die Verwaltung wohl nicht. Es dürfte aber für viele das Fass zum Überlaufen bringen. Und das zurecht.

Denn egal, welche Konflikte es zwischen dem Betreiber und Eigentümern der dortigen Wohnungen gibt; egal, wer da wem Geld schuldet: Dieser Streit darf nicht zulasten von Senioren gehen, die nichts falsch gemacht haben und von dem Konflikt teilweise nicht einmal wissen. Hier müssen andere Lösungen her.

Stadt Baden-Baden sollte zur Konfliktlösung beitragen

Auch den rund 20 Personen, die derzeit noch in der Seniorenwohnanlage arbeiten, werden die Akteure mit diesem Vorgehen nicht gerecht. Genauso wenig wie denjenigen in der Stadt, die dringend einen Platz in einer Senioreneinrichtung suchen.

Dass der Bedarf an barrierefreiem Wohnraum in Baden-Baden groß ist, weiß im Schwarzwaldwohnstift etwa Pflegedienstleiterin Manuela Anselm. Sie muss nun verzweifelten Angehörigen am Telefon sagen, dass sie niemanden mehr aufnehmen darf. Und muss Bewohner beruhigen, die um ihr Zuhause bangen.

Die Stadt täte gut daran, hier bei einer Lösung des Konflikts zu helfen und die Seniorenwohnanlage als solche zu erhalten, statt dort weitere Flüchtlinge unterzubringen. Denn mit ihrem Vorgehen spielt sie zwei Gruppen gegeneinander aus, die beide Schutz bräuchten: Flüchtlinge und betagte, teils kranke Menschen. Das geht einfach nicht.